

Seitensbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Notenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 66, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Der Umschwung in Nanking.

Bevorstehende Vereinigung mit Hankau.

Schanghai, 16. August.

Gleichzeitig mit Tschiangkaiſchek ist auch sein Außenminister Wu sowie vier andere Minister zurückgetreten. Die Regierungsgeschäfte werden gegenwärtig von vier Ministern und einem Militärausſchuß geführt, der vor allem die Wiederverſchmelzung der Nanking Regierung mit der Hankauer Regierung einleiten wird. In dem Erfolg dieser Aktion wird allgemein nicht gezweifelt. Wahrscheinlich dürfte sich auch General Feng der neuen Bewegung anschließen. Er soll bereits einen seiner Untergebenen ermächtigt haben, das Innenministerium in der Nankingregierung anzunehmen. Man rechnet aber nicht mit einer starken militärischen Unterstützung Fengs, dessen Armee nur 50 000 Mann zählen soll. Einer der Untergenerale Tschiangkaiſcheks soll sich mit der Besetzung der Stadt Nanking durch die Nordarmee Sunſchuanfangs einverstanden erklärt haben, falls ihm der

Gouverneurposten in Schanghai zugesichert werde. Sunſchuanfang soll nämlich beabsichtigen, Nanking zu besetzen, nach bevor die Hankauarmee zum Entſatz herbeigeeilt ist. Der von Tschiangkaiſchek eingesezte Bürgermeister von Schanghai ist ebenfalls zurückgetreten.

England begrüßt den Rücktritt Tschiangkaiſcheks.

London, 16. August 1927.

Der diplomatische Korrespondent des Londoner „Daily Telegraph“ sagt, daß man in englischen Kreisen den Rücktritt Tschiangkaiſcheks nur begrüßt, da dieser als ein besonders eifriger Englandhaffer gegolten habe. Die „Morning Post“ veröffentlicht eine Meldung aus Schanghai, wonach die dort niedergelassenen europäischen und chinesischen Geschäftsleute die Ausdehnung der internationalen Niederlassung in Schanghai fordern.

Die Rheinlandbesetzung.

„Besser keine als eine verringerte.“

Paris, 16. August. (Eigenbericht.)

Im „Echo de Paris“ unternimmt sein militärischer Mitarbeiter eine neue große Offensiv gegen die beabsichtigte Herabsetzung der Rheinlandtruppen und versucht nachzuweisen, daß die Beibehaltung vermindelter Truppenbestände vom militärischen Standpunkt aus unwirksam, ja sogar gefährlich wäre, denn eine schwache Rheinlandarmee wäre im Kräftefall einem schnellen Untergang geweiht! Die französischen Truppen im Rheinland müßten deshalb stark genug bleiben, um ihre Verbindungen mit dem Hinterland aufrechtzuerhalten, was bei einer Herabsetzung ihrer Bestände unmöglich sei, oder sie würden besser, denn aus dem Rheinlande zurückgezogen werden.

Was ist der Saar-Bahnschuß?

Eine französische Feldbahnabteilung!

Saarbrücken, 16. August.

Zum Abschluß eines Mietvertrages wegen der Unterbringungsräume für den Bahnschuß erschienen in Reunkirchen ein Oberregierungsrat von der Regierungskommission und ein französischer Offizier. In dem Mietvertragsentwurf werden als Vertragsabschließende auf der einen Seite die Stadt Reunkirchen und auf der anderen das französische Kriegsministerium, Abteilung Feldbahnen, genannt. Die Stadtverwaltung hat daraufhin die Unterzeichnung des Vertrages abgelehnt mit dem Bemerkten, daß nach den Genfer Abmachungen französisches Militär im Saargebiet keine Aufenthaltsbefugnisse mehr habe und daß daher für die Stadt ein Vertrag mit dem französischen Kriegsministerium als ausländische Behörde nicht in Frage kommen könne. Pflicht der Regierungskommission wäre allerdings, jede Einmischung einer ausländischen Behörde in die nur ihr zustehenden Befugnisse zu verhindern!

Der neue Hinrichtungstag.

20-stündiger Streit.

New York, 16. August.

Der Vollzugsausſchuß der Sozialistischen Partei beschloß für den 22. dieses Monats, auf den die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti verschoben worden ist, einen neuen zwanzigstündigen Proteststreik. Das Programm für diesen Tag sieht Umzüge und Versammlungen vor, obwohl solche öffentlichen Kundgebungen von der Polizei unterſagt worden sind.

Für die Ruhe Onkel Sams.

Der nordamerikanische Abg. Johnson hat in den aufgeregtesten Tagen vor dem vorletzten Hinrichtungstermin für Sacco und Vanzetti in San Francisco eine heftige Rede gegen die Einwanderung italienischer Revolutionäre gehalten. Seither hat er wieder in Aussicht gestellt, er werde in der nächsten Session einen Gesetzesantrag einbringen, wonach Einwanderer, die nach ihrer Naturalisierung Schwarzhemden anziehen und Mussolini oder einem anderen Diktator Treue bis ins Grab schwören, mit Ausweisung bestraft werden sollen. Darüber wird jetzt in der Presse heftig diskutiert. Gewisse Blätter wollen zwar Einkorbzettel, aber nicht auch Falchisten ausgewiesen haben.

Der Aufstand in Bolivien.

Angeblich im Rückgang.

Lapaz (Bolivien), 16. August. (Reuter.)

Durch die von den Regierungstruppen eifrig getroffenen Maßnahmen ist es, wie man annimmt, gelungen, einen allgemeinen Aufstand der bolivianischen Indianer zu verhindern. Nach den amtlichen Meldungen ist es allerdings den Rebellen gelungen, in den Provinzen Cochabamba und Potosi einzelne Truppenabteilungen zu umzingeln. Jedoch scheint es,

daß die Gefangennahme zahlreicher Führer der Rebellen und die schweren Verluste, die ihnen zugefügt wurden, sich bereits als wirksam erwiesen haben. Die Indianer kehren zu tausenden zu ihrer gewöhnlichen Beschäftigung zurück.

Zaunkönig-Gelüste.

Herrscher Smetona.

Der litauische Staatspräsident Smetona ist auf einer Rundreise durch Litauen. Die Ehrenportien, Festplakate usw. tragen vielfach Aufschriften, die auf die Bestrebungen der Regierung hinsichtlich einer Verfassungsänderung Bezug nehmen, wie z. B.: „Du sollst auf Lebenszeit unser Führer sein“ oder „Gott segne Litauen und seinen Herrscher“. Der Titel „Staatspräsident“ wird dabei fast immer vermieden, stattdessen heißt es Herrscher, Gebieter usw.

Beim feierlichen Empfang Smetonas in der Kreisstadt Birſchi hielt der Landwirt Kallunas eine Ansprache, in welcher er dem Präsidenten sehr deutlich nahelegte, König von Litauen zu werden. Die Menge trug Smetona darauf auf den Händen zu seinem Auto. — In einem gewissen Abstand reist hinter dem Staatspräsidenten der Führer der oppositionellen Merkitalen Partei, Krupawitschius, der den durch das Austreten des Präsidenten erweckten Eindruck durch polemische Reden und Kritik der Regierung zu verwischen sucht. Die politische Polizei hat ihm ein weiteres öffentliches Auftreten unterſagt.

Zimmer neue Bedrückung.

Als deutsche Gefangeneiner aus Herbedrug bei einem Fest in Biskwill — das ist gewiß das aus dem Weltkrieg bekannte Bittowitschi — im Auto zum Festlokal fahren, sprang ein litauischer Grenzpolizist auf das Trittbrett eines Wagens. Ein Inſaſſe forderte ihn auf, den Wagen zu verlassen. Der Beamte kam jedoch dieser Aufforderung nicht nach. Nach einiger Zeit erschien ein zweiter Beamter im Festlokal und verlangte von dem Vorsitzenden des Männergesangsvereins Herbedrug, Apotheker Schmidt, die Auslieferung des Mannes, der den Beamten am Besteigen des Wagens gehindert habe. Als der Vorsitzende dies ablehnte, wurde er nach dem Gerichtsgefängnis abgeführt, das jedoch seine Ausnahme ablehnte. Erst nach zweistündigen Verhandlungen wurde Schmidt wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Besoldung in der Reichswehr.

Einführung von Stelengehältern.

Bei der Besoldung der Reichswehrangehörigen werden künftig, wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ erfährt, entsprechend einem Beschluß des Reichstages die Besoldungsgrundſätze von dem für die Reichsbeamten gültigen Schema losgelöst. Für die Reichswehrangehörigen werden danach die Beamtenlöhne verschwinden. Man will, da sich die Bestimmungen der Besoldungsordnung vom Jahre 1920 teilweise nicht bewährt haben, auf die Besoldungsgrundſätze vom Jahre 1909 zurückgreifen und wieder Stelengehälter festlegen, wobei der Dienstgrad das Gehalt bestimmt. Die Mannschaft wird nach den neuen Plänen eine allgemeine Aufbesserung ihrer Bezüge erhalten; die Bezahlung der Verpflegung bleibt, dagegen tritt künftighin an Stelle der bisher bezahlten Unterkunft freie Unterkunft. Günstiger werden vor allem die Bezüge der sogenannten Obergefreiten gestaltet, die aus verschiedenen Gründen nicht Unteroffiziere werden können, aber jetzt in die Lage versetzt werden sollen, im zulässigen Alter einen eigenen Familienstand zu gründen. Für den Leutnants- und Oberleutnantsrang sind vier Gehaltsstufen, für den Hauptmannsrank drei Gehaltsstufen vorgesehen; jede Stufe umfaßt eine Zeitspanne von drei Jahren. Vom Major ab sollen Einzelgehälter bezahlt werden und für alle Reichswehrangehörigen und deren Familien bis zum Oberst einschließend ist eine wirksame freie Heilfürsorge geplant.

Die Gesamtbelastung der Reichswehrbesoldung beträgt zurzeit 240 Millionen Mark; die aus der Besoldungsreform sich ergebende Mehrbelastung wird auf rund 25 Millionen Mark geschätzt.

Der Sub von Moschendorf.

Justiz gegen Kunst.

Von Kurt Rosenfeld.

Die Kunstfeindlichkeit der Strafverfolgungsbehörden und Gerichte ist durch den kürzlich in vierter Instanz verhandelten Prozeß gegen den Schriftsteller Bruno Vogel und den Kunstmaler Rüdiger Berlit von neuem erwiesen worden. Beide wurden wegen „Verbreitung unzüchtiger Schriften“, Vogel auch wegen Gotteslästerung, zunächst vom Schöffengericht in Leipzig zu 300 resp. 150 M. Geldstrafe verurteilt, dann aber auf ihre Berufung vom Landgericht Leipzig freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft legte aber gegen dieses Urteil Revision ein und erzielte, daß das Reichsgericht den Freispruch aufhob und die Sache zu neuer Verhandlung an die Strafkammer in Dresden verwies. In dieser Verhandlung beantragte die Staatsanwaltschaft abermals Verurteilung, gegen Vogel sogar eine solche von einem Monat Gefängnis, das Gericht sprach aber wieder frei. Auch mit diesem Urteil ist der Prozeß aber nicht erledigt. Die Staatsanwaltschaft Dresden hat jetzt, da sie offenbar hinter ihrer Schwesterbehörde in Leipzig nicht zurückstehen wollte, gegen den Freispruch abermals Revision eingelegt! Mit einer Hartnäckigkeit ohnegleichen, wie sie z. B. bei der Verfolgung von Fememördern nicht zu konstatieren war, führt also die Staatsanwaltschaft den Kampf für die „Sittlichkeit“, so wie die Staatsanwaltschaft sie versteht.

Gegenstand der Sittlichkeitsprüfung war und ist Vogels Buch: „Es lebe der Krieg!“, ein Buch, durch das der Kampf gegen den Krieg durch unperfälschte Darstellung von Szenen aus dem Krieg geführt wird. Vogel will durch das Buch die Phrase von der „Sittlichkeit des Krieges“ widerlegen und seine ganze Unſittlichkeit aufweisen. Er gibt zu diesem Zwecke in erschütternder Darstellung teils Selbsterlebnisse, teils Erlebnisse anderer, und er läßt dabei die Soldaten so sprechen, wie sie während des Krieges gesprochen haben. Wahrheitsgemäße Schilderungen werden ohne jede Schminke gegeben. Alle Sachverständigen, die sei es auf Antrag der Staatsanwaltschaft, sei es auf Antrag der Verteidigung vernommen wurden, stimmten darin überein, daß Vogels Buch und die ihm beigelegten Bilder Berlits hohen künstlerischen Wert hätten. Die vom Gericht zu entscheidende Frage war also, ob ein Kunstwert unzüchtig sein kann.

Freilich hatte die Staatsanwaltschaft in Dresden im Ermittlungsverfahren unvorsichtigerweise erkennen lassen, daß ihr die pazifistische Tendenz des Buches besonders anstößig erschien. Kein späteres Bestreiten der jeweils amtierenden Staatsanwälte konnte aus den Akten die Stelle wegwischen, in der schwarz auf weiß zu lesen ist, daß die Broschüre eine Anzahl von Unzüchtigkeiten enthalte, „abgesehen davon, daß sie als Kampfs- und Tendenzschrift gegen den Krieg und den Heeresdienst anzusehen ist“.

Der besondere Eifer der Staatsanwälte in der Verfolgung des Buches erklärt sich wohl nur durch das Zusammenreffen des angeblich Unzüchtigen mit dem Antikriegerrischen, das allerdings aus jeder Zeile des Buches herausleuchtet.

Vogels Buch ist zunächst längere Zeit unangefochten verbreitet worden. In keiner Stadt wurde die Schrift beanstandet. Da aber brachte sie eines Tages ein Eisenbahner aus Hof nach Moschendorf, und in diesem bayerischen Dörfchen kam das Buch in die Hand eines Dorfschul- und eines Polizeiwachmeisters. Beide befürchteten, daß der Sub des Eisenbahners die Schrift in die Hand bekommen könnte. So sagten sie als Zeugen aus. Sie nahmen den geschlich vorgezeichneten „Anstoß“ und veranlaßten die Beschlagnahme, durch welche das ganze hochnotpeinliche Verfahren in Gang gebracht wurde.

Der Sub von Moschendorf war in sittlicher Gefahr! Und dieser Sub marschierte vor dem Landgericht Dresden auf, indem Schul- und Wachmeister als Zeugen vor dies Gericht zitiert wurden und die Gefahr schädem mußten, denen nach ihrer Meinung der Sub des Eisenbahners ausgeſetzt gewesen war. Die Staatsanwaltschaft konnte sich allerdings bei der Verfolgung des beschlagnahmten Buches — und damit erlangt dieser Prozeß Bedeutung weit über den Einzelfall hinaus — auf die ständige Rechtssprechung stützen. Das höchste deutsche Gericht hat in dem in Sachen Vogel erlassenen Urteil darauf hingewiesen, daß es schon seit den Jahren 1899 und 1904 und seitdem ständig die Auffassung vertreten habe, auch künstlerische Werte könnten unzüchtig sein, selbst wenn sie eine hohe geistige Durcharbeitung und äußere Vollendung der Form aufweisen, sofern die besonderen Mittel oder Begleiterseimungen der Darbietungen in dem Beschauer den reinen Genuß des Schönen zurückdrängen und geschlechtliche Reizung oder Betriedigung mit sich bringen. Maßgebend sei, ob das Kunstwerk objektiv geeignet sei, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl eines normal empfindenden Menschen zu verletzen.

Das Reichsgericht hat also im Jahre 1927 nichts gelernt und nichts vergessen. Trotz aller Veränderungen, die der Begriff der Sittlichkeit in den letzten Jahrzehnten und besonders durch Krieg und Revolution erfahren hat entscheidet das Reichsgericht über die höchsten Fragen der Sittlichkeit heute noch nach denselben Gesichtspunkten wie vor dreißig Jahren!

Staatsanwaltschaft und Landgericht sowohl in Leipzig wie in Dresden mußten die händige Rechtssprechung des

Reichsgerichts berücksichtigen, und sie stimmten sämtlich in der Auffassung überein, daß das Buch und eines der Bilder das Scham- und Sittlichkeitsgefühl eines normal empfindenden Menschen verletzen. Sie konnten sich bei dieser Feststellung aber nur auf jene Aussagen des dörflischen Schul- und Waidmeisters stützen. Für die amtierenden Juristen besagte es offenbar nichts, daß Gutachten von Thomas Mann, Fritz v. Unruh, Käthe Kollwitz und anderen Künstlern vorlagen, durch die das Buch und die beigefügten Bilder als künstlerisch einwandfrei erklärt wurden, und die Möglichkeit, das Buch oder die Bilder als unzüchtig anzusehen, zurückgewiesen wurde. Der Bub von Moschendorf schien maßgebender zu sein als alle Gutachter der Welt. Er war offenbar dem Staatsanwalt und dem Gericht „der normal“ empfindende Mensch, dessen Scham- und Sittlichkeitsgefühl zu schützen war.

Wenn Bogel und Berlit freigesprochen wurden, so geschah das nur aus subjektiven Gründen, weil angenommen wurde, daß beiden das Bewußtsein fehlte, ihre Erzeugnisse könnten das normale Scham- und Sittlichkeitsgefühl verletzen, und daß sie auch nicht einmal als möglich erkannten, daß ihre Werke diese Wirkungen haben könnten, beiden also auch der bedingte Vorbehalt fehlte. Die so begründete Freisprechung ist wenig befriedigend, um so mehr, als durch das Urteil, das wegen seiner künstlerischen Richtung und seiner pazifistischen Tendenz äußerst wertvolle Buch eingezogen wurde.

Es ist wahrlich höchste Zeit, daß der kunstfeindlichen Rechtsprechung ein Ende gemacht wird. Auf die Dauer ist die Kunst, welche zwischen Lustig und Kunst klafft, unerträglich. Da die Gerichte trotz aller Kritik bei der von ihnen beliebten Gefehauslegung verbleiben, muß der Gesetzgeber die Kunst schützen. Bei der Beratung des künftigen Strafgesetzbuches muß Vorkehrung getroffen werden, daß die Kunst endlich von der Gefahr befreit wird, durch Strafbestimmungen erdrückt zu werden.

Hartnäckig!

Rückzug und neuer Angriff des Pressescheß der bayerischen Staatsregierung gegen Wirth.

Herr Reichsanwalt a. D. Dr. Wirth übergibt dem Reichsdienst der deutschen Presse folgende Mitteilung:

Vor einiger Zeit war es nötig, die deutsche Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß in gewisse ausländische Zeitungen, so z. B. in eine deutsche Zeitung in Südamerika, geübte Angriffe gegen deutsche Politiker von deutscher Seite lanciert werden.

In der „Neuen Deutschen Zeitung“ in Porto Alegre, Südamerika, ließ sich wiederholt ein Anonymus mit Münchener Briefen hören. Durch eine briefliche Mitteilung aus Südamerika wurde bekannt, daß der anonyme Verfasser der Briefe der bayerischen Staatsregierung, Oberregierungsrat Dr. Hans Eisele, ist. Einer der Münchener Briefe brachte auch mich in einen gewissen Zusammenhang mit bekannten bedauerlichen Korruptionsercheinungen in Deutschland. Es lag nahe, Herrn Dr. Eisele vor Gericht zu stellen. Herr Dr. Eisele hat nunmehr die briefliche Erklärung abgegeben, daß er, wie er wörtlich schreibt, aus freiem Herzen und ehrlicher Ueberzeugung betont, daß er mich weder der Korruption verdächtige, noch fähig halte, daß er mich niemals der Korruption beschuldigte, niemals in Verbindung mit Barmat und Höfle gebracht und daß er mir niemals Korruption vorgeworfen habe. Ausdrücklich erklärt Herr Dr. Eisele:

„Ich erkläre Ihnen nochmals, überzeugt zu sein, daß Sie von jeder Korruption frei sind und saubere Hände haben. Ich bedaure es, daß durch die Veröffentlichungen und Kommentare zu jenem Artikel in der „Neuen Deutschen Zeitung“ der Eindruck entstanden war, als ob Sie mit Barmat und Höfle in Zusammenhang gebracht worden seien. Ich bedaure es schon deshalb, weil diese Darstellung und Auffassung absolut unrichtig ist, weil dazu kein Grund vorliegt und weil eine solche Verbindung nach meiner Ueberzeugung niemals bestanden hat.“

Das Opfer war nicht umsonst.

Von Lucian.

„Auch sie starben für König und Vaterland!“ steht in ehernen Buchstaben auf jenem Obelisk zu München, den König Ludwig zur Erinnerung an die zahllosen, Napoleon als Wegegesicht für die Königskrone gelieferten, in Rußland elend zugrunde gegangenen Landeskinder errichten ließ. Wie diese armen Schindluder zugleich für den König von Bayern und für Napoleon den Heldentod starben, das ist die große Offenbarung des ehernen Gedenkblocks. So tappen ganze Nationen im Dunkel über den Sinn ihrer historischen Sendung, und wenn nicht in Keilschriften, auf Obelisk oder in Memoiren bisweilen Deutungsvorschläge gemacht würden, müßte man die ganze Weltgeschichte für den Bericht eines gigantischen Strenghauses halten.

Nun ist endlich auch der Weltkrieg gedeutet worden, nun wissen wir, warum wir die Kanäle nahmen, warum unsere Brüder tot oder zu Krüppeln geschossen werden mußten, unsere Familien zugrunde gingen, das Land eine Beute in- und ausländischer Kapitalisten wurde. Hermine, Gemahlin des Kaisers, verrät es in ihren toben von ausländischen Wäldern veröfflichten Memoiren.

Leser jener Memoiren, der du deine ganze freie Zeit in Klappern verbracht hast, dem „Das Geheimnis des Grafenschlosses“, „Die Kaiserin der Familienethere“, „Liebe ist treu wie Gold“ und ähnlichen Dramen Schauer des Entzückens über den Rücken jagten, alle deine Träume und Visionen verblassen vor den feuchten Erlebnissen der Kaiserin Hermine. Hier ist der Keil, sozusagen mit einem gewaltigen historischen Hintergrund verewählt, hier müßte der Zahn der Zeit erst über unzählige Waffengräber und verwüstete Länder Gras wachsen lassen, ein Kaiserreich und ein paar Dugend Throne neben sonstigen zwei Kaiserreichen müßten trochend zusammenbersten, hier müßten Revolutionen üppig ins Kraut schießen — bis, ja bis die Grotte ihren Hans bekommen konnte. Man stelle sich dieses Filmdrama vor, mit der nötigen Begleitung eines Riesenorchester! Hermine schreibt: „Der Verlauf des Romans zwischen dem Kaiser und mir war kein glatter.“ Allerdings vergißt die Autorin, daß der Verlauf von Romanen selten, wie sie sich ausdrückt, „ein glatter“ zu sein pflegt. Noch lebte die Welt in Ruhe und Frieden, noch war die Kaiserin nicht gestorben, noch gab es sonstige Hindernisse. Aber diese Kleinigkeiten besitzte der Weltkrieg und eine gültige Befehung, und am Ziel ihrer Wünsche darf Hermine Atem schöpfen: „Ein Kaiserreich mußte stürzen, bevor mein Traum wahr werden sollte. Schon als Kind bezauerte der Kaiser meine Phantasie.“ (Es ist notabene der Stil Hermine.) „Mein Zimmer war mit seinen Bildern geschmückt. Von jeder Wand grüßte mich sein Bild; es bewachte tags meine Schularbeiten und nachts meine Träume. Ich stellte mir nie vor, daß ich je meinen Märchenprinzen heiraten würde.“ Natürlich, die Scheimin mußte ja erst den Sturz des Kaiserreiches, der ihr Glück war, abwarten. Ohne Zweifel hatten viele

Soweit die Erklärung des Herrn Oberregierungsrats Dr. Eisele. Der Herr Pressescheß der bayerischen Staatsregierung betont zwar, daß er die Verantwortung für die von ihm in der südamerikanischen Zeitung veröfflichten „Münchener Briefe“ nicht übernehme, da sie nicht mit seinem Namen gekennzeichnet seien. Herr Dr. Eisele überführt nur, daß er das Unheil gehabt hat, der Urheber der bekannten Schmähartikel überführt worden zu sein. Auch wenn man um des Friedens willen von einem gerichtlichen Austrag der tatsächlich erfolgten und jetzt von Herrn Dr. Eisele so eifrig bestrittenen Verdächtigungen absteht, ist um so bedauerlicher, erneut feststellen zu müssen, von welcher gehässigen und unsachlichen Geistes getragen Herr Dr. Hans Eisele seine Schmähungen gegen deutsche Politiker in ausländischen Zeitungen fortsetzt. Von einer beamteten Persönlichkeit sollte man so etwas in Deutschland für völlig ausgeschlossen erachten. Wohin solche unheimlichen persönlichen Gehässigkeiten führen, hat sich doch aus dem Blauener Prozeß des Herrn Außenministers Stresemann für alle, die guten Willens sind, deutlich genug gezeigt. Herr Dr. Eisele hat leider aus diesem Prozeß wieder nichts gelernt. In geradezu grotesker Form geht er wiederum in der „Neuen Deutschen Zeitung“ gegen mich vor. Er wird sich deshalb nicht wundern, wenn ihm nunmehr in entsprechender Form erwidert wird.

Opposition in der Tscheka.

Darum die Milde.

Die im letzten Augenblick erfolgte Verständigung zwischen Stalin und der Opposition soll nach Moskauer Nachrichten auf die Mitteilung der Zeitung der G.P.U. (Gossudarstwennoja Polititscheska Uprawlenje = Allg. Politische Verwaltung) zurückzuführen sein, da selbst innerhalb der G.P.U. die Opposition festen Fuß habe. Daraufhin habe Stalin die Nerven verloren und dem Kompromiß zugestimmt, während er bis dahin für den Ausschluß Sinowjews und Trozki aus dem Politbüro eingetreten war.

Streikverbot in Brasilien.

Rio de Janeiro, 15. August.

Der vom Bundesparlament angenommene Gesetzesentwurf zur Bekämpfung des Kommunismus ist heute vom Bundespräsidenten Luiz im Namen der vollziehenden Gewalt unterzeichnet worden. Durch das neue Gesetz werden Streiks als illegal bezeichnet. Der Präsident der Gemeindeverwaltung von Rio de Janeiro, Mauricio Lacerda, der ein ausgesprochener Gegner des Gesetzes ist, forderte heute die Gemeindevertretung auf, die Stadtillegalisierung halbwegs zu setzen, um dadurch gegen „das Dekret über die Abschaffung der bürgerlichen Freiheiten“ zu protestieren.

Indien in der Defensive.

Rückwirkung der englisch-russischen Spannung.

Bombay, Anfang August. (Eigenbericht.)

Die russisch-englische Spannung beginnt das politische Leben Indiens vollkommen in ihren Bann zu ziehen. Obwohl die militärischen Vorbereitungen sorgfältig vor der Öffentlichkeit verborgen gehalten werden, ist es doch ein offenes Geheimnis, daß in den Grenzgebieten Nordindiens eine angespannte Tätigkeit herrscht. Es wird mit der größten Anstrengung an dem Ausbau des Verteidigungssystems gearbeitet und alle nur irgendwie verfügbaren Truppen sind aus dem Inneren nach dem Norden und Nordwesten gebracht worden. Die Grenzgarisone sind durch in aller Heimlichkeit aus Europa gebrachte Spezialtruppen verstärkt worden und ein Feldzug gegen einen unabhängigen Volksstamm hat den Fliegern Gelegenheit zum Manöver mit lebenden Zielscheiben gegeben. Der unerwartete Besuch des indischen Vizekönigs Lord Irwin an der Nordwestgrenze und seine Rede über ihre strategische Bedeutung bei einem Kampfe mit Rußland zeigen, wie großen Wert England darauf legt, die Gefahrenzone zu sichern und ein Ausfallort zu schaffen, das als Basis für einen Vorstoß in die russische Flanke dienen kann.

Die politische Stellung Englands in Indien ist im Augenblick nicht weniger delikat als seine militärische schwierig ist. Der große Impuls der indischen Freiheitsbewegung von 1919 bis 1922 ist zwar verpufft. Der englischen Staatskunst ist es mehr durch Gewalt und List als durch Güte gelungen, den großen Strom in zahlreiche kleine Rinnsale abzulenken. Während der indische Nationalkongress in den Jahren nach dem Kriege der eigentliche Herrscher Indiens war und dem Vizekönig seinen Willen diktierte, ist er zurzeit nichts weiter als ein Generalkommando ohne Armee. Er macht zwar große Anstrengungen zur Zusammenfassung der dispergierten und sich heftig bekämpfenden Elemente der anti-englischen Bewegung, aber er hat zu große Hoffnungen enttäuscht, als daß er seinen politischen Kredit so schnell wiedergewinnen könnte. Erst unter dem Druck der jüngsten Kämpfe zwischen Hindus und Mohammedanern hat er auf seiner letzten Tagung versucht, neue Agitationswege zu finden, um dem alten Zwist ein Ende zu machen. Es ist bezeichnend für

die Stärke der erwachenden indischen Arbeiterbewegung,

daß die Beilegung der Religionskämpfe mit Hilfe des Proletariats erfolgen soll und die im Nationalkongress vertretenen bürgerlichen Nationalisten ein Programm akzeptiert haben, das eine enge Fühlungnahme mit den sozialistischen Organisationen vorseht.

Im Augenblick werden die Auseinandersetzungen um die Erweiterung der staatlichen Rechte Indiens nicht in der Öffentlichkeit, sondern in den Beratungen der Institutionen geführt, die England unter dem Druck der Volksbewegung gewähren mußte und deren Kompetenzen von der anglo-indischen Bureautraite nach Möglichkeit wieder eingeschränkt werden. Das indische Parlament ist verlegt und der Streit um wichtige Fragen, wie die Herabsetzung des Standes der anglo-indischen Armee und um die Verwaltung des Landes ruhen deshalb im Augenblick. Um so heftiger tobt der Kampf der Sachverständigen um die Reform der indischen Verwaltung, in der Hauptsache um die Frage, ob die Kontrolle der indischen Finanzen in Indien selbst oder von London her erfolgen soll. Vorkäufig hat es zwar den Anschein, als ob die indische Auffassung siegen wird. Es ist aber keineswegs unmöglich, daß ein geschicktes Manöver den englischen Willen gegen die einmütigen Wünsche Indiens durchsetzen wird. Die gespannte außenpolitische Situation wird leicht eine Handhabe dazu bieten.

Die Offspionage. In Litauen wurden vier Männer als polnische Espione zum Tode verurteilt, eine Frau zu lebenslanglichem Kerker.

Sowjetoffiziere desertieren. Nach einer Meldung der „Rzeczpospolita“ haben zwei höhere Offiziere der Roten Armee sich auf polnisches Gebiet geflüchtet. Die Offiziere sind verhört worden. Sie haben dabei die Rote Armee als völlig disziplinlos dargestellt und auch behauptet, daß die Sowjetregierung ihre Truppen nicht mehr in der Hand habe. Die Gründe für die Desertion der beiden Offiziere nennt die „Rzeczpospolita“ nicht.

Rußland kommt nicht nach Genf. Tschischerin hat die frühere Zusage der Teilnahme an der Berkehrskonferenz widerrufen. Begründung steht noch aus. — Bei der Aigard Sowjethandelsmission ist der aus Rußland ausgewiesene Referent Minister Pischchonnoff angestellt worden, ohne sich zum Bolschewismus bekennen zu haben.

Das antideutsche Polenslied „Rosa“, das aus der schlimmsten Zeit königlich preussischer Völkerverfolgung stammt, aber auch heute noch, in der Zeit polnischer Völkerverfolgung, gesungen wird, hat der Senat für Danzig mit Rede verboten.

800 magyarische Schulen in der Slowakei dienen, wie der ehemalige Minister Genosse Derer feststellt, dem Kinderheilszweck. In der tgl. ungarischen Zeit hatten die Slowaken null Schulen. Aber dessenungeachtet schreibt die monarchistische Reaktion unter der Führung des englischen Lords Rothermere, um der Tschekoslowakei Abbruch zu tun, über Unterdrückung der Slowaken.

Immer noch die Kurden. Aus Wardin wird berichtet, daß auffällige Kurden ein türkisches Dorf in der Nähe von Teiz angegriffen haben. Die Gendarmerie nahm zwei Kurden gefangen.

kleine Mädchen im deutschen Vaterland am Kaiser einen Kragen greifen, ebenso wie die meisten jungen Männer ihre Schnurrbärte nach kaiserlicher Art in die Höhe drehen“, so rechtfertigt sie ihre Zuneigung, die nach ihren Worten, tief hinunter reicht. In echter Frauenliebe überschätzt sie natürlich die Wirkung ihres Idols. Nur eine kleine Anzahl von Idealisten trug den Schnurrbart nach seinem Vorbild gen Himmel.

Der Monarchie bleibt tatsächlich nichts erspart. Erst macht ein abenteuerlicher Bindhund sie lächerlich, dann wird sie von der Ritzphantasie eines reifen Backfischs dem Spott der Welt ausgeliefert.

„Tragik schlich durch unser Leben“, behauptet Hermine. Ach Gott, sie hat von Tragik keine Ahnung, sonst würde sie nicht diese Girlanden alberner Papierblumen um das vermeintliche Schicksal flechten. Diese Monarchie ist nicht in Tragik untergegangen, wie etwa das erste französische Kaiserreich, sie ist an Hilflosigkeit, Jämmerlichkeit, an Ueberhebung und zuletzt an Lächerlichkeit erstickt. Ein schlechtes Kinodrama, macht es das Grauenhafteste zur Breitbildkabe, erniedrigt es eine Weltkatastrophe zum Bänkelsang und deutet Gartenlaubentisch als Idee der Weltgeschichte.

Moskaus theaterpolitische Pläne für die Winteraison. Der künstlerische Rat der Moskauer Gouvernementsstelle für politische Aufklärung hat sich über die künftigen Aufgaben der Verwaltung der Moskauer Schauunternehmungen ausgesprochen, welcher die meisten Bühnen der Sowjethauptstadt unterstellt sind. Danach soll in erster Linie eine Hebung des ideologischen und künstlerischen Niveaus der Theaterproduktion, eine entschiedenere Annäherung des Theaters an das Arbeiterpublikum und eine organisatorische Verbesserung des gesamten Kinowesens erstrebt werden. Zu den künstlerischen Räten und Repertoires-Kommissionen sämtlicher der genannten Verwaltung unterstellten Theater sollen fortan in weiterem Umfang Vertreter der Arbeiterschaft herangezogen werden. Zum Ende der Saison sind Zuschauerkonferenzen einzuberufen, welche über das Gesamtergebnis der abgelaufenen Spielzeit zu Bericht stiften sollen. Die Verwaltung hat genaue Richtlinien für den Produktionsplan 1927/28 ausgearbeitet unter besonderer Berücksichtigung der gegenwärtigen weltpolitischen Lage des Sowjetstaates.

Das gemischte Menü des Stranzen. Die Leistungen des Straußenmogens sind sprichwörtlich, aber auch er kann nicht alles aushalten. Dafür bietet ein trauriges Beispiel der Tod eines solchen Riesenvogels in Londoner Zoo, dessen Erdennestern ein 4 Zoll langer Nagel ein Ziel setzte, der seine Wagnwand durchstieß. Immerhin hatte dieser Strauß seinem Wagn allerlei zugemutet, wie eine Aufzählung der darin gefundenen Gegenstände beweist. Der Nagel enthielt: 3 einzelne Handschuhe, eine leere Filmpule, einen 3 Fuß langen dicken Strick, 3 Taschentücher, 4 halbpenny-Stück, 2 Pennistücke und eine französische Wange, einen Schlüssel, einen Handschuhknopf, ein vier Zoll langes Stück Holz, einen etwa ebenso langen Bleistift, einen Teil eines Zellulosekammens, ein Stück eines goldenen Halsbandes, ein Hundehalsband, eine Schraube von einem Zweirad, ein Dugend Draht-

stücke, ein Paar Schrauben, kleiner Nadel, Granitstückchen, Sand und schließlich einen anderen vierzölligen Nagel, der nicht die traurige Wirkung ausgeübt hatte, wie jener Nagel, der ihn löbete.

Eine schwimmende Hygieneausstellung. Wie dem Amilichen Preussischen Presseblatt geschrieben wird, veranstaltet der Provinzialausschuß für hygienische Volksbelehrung in Hannover mit Ausstellungsschiffen, die das gesamte schiffbare Strom- und Kanalgebiet behahren sollen, eine „schwimmende Gewerbechau“. Im Rahmen dieser Schau sollen auch die wichtigsten Gebiete der Gesundheitsfürsorge, wie Säuglings- und Tuberkulosefürsorge, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und des Alkoholismus, gezeigt werden. Das erste Ausstellungsschiff wird Mitte August mit einer Fahrt auf der Weser beginnen. Durch die an Bord befindliche Kinoeinrichtung werden auch hygienische Filme und Bilder in den einzelnen Standorten vorgeführt werden.

Der Sand von Karakum. Die russische Akademie der Wissenschaften beschäftigt sich gegenwärtig mit dem Projekt, die Wüste Karakum in Turkestan anbaufähig zu machen. Wie die zu Untersuchungen dorthin entsandte Kommission berichtet, besitzt der Kreis in Bewegung befindliche, die Oasen immer wieder überschüttende Sand der Wüste gewisse besondere Kräfte. So benutzen ihn die Turkmener zur Stillung des Blutes, indem sie ihn auf Wunden streuen; auch bedienen sie sich seiner als Ersatz des Wassers zum Waschen, ferner zur Desinfektion. Durch die Sonnenstrahlen bis auf 75 Grad erhitzt, mumifiziert und bewahrt er eingegrabene Tierkadaver in ausgezeichneter Weise.

Kein numerus clausus mehr in Polen. Wie antisch gemeldet wird, ist in dem polnischen Komitee des Ministerrats beschloffen worden, den numerus clausus vollständig zu beseitigen. Es werden keine Einschränkungen bei der Aufnahme von Studenten an den Hochschulen aus konfessionellen oder nationalen Gründen mehr gemacht.

Agnes Straub, deren Vertrag mit der Volkstänze bis 1928 verlängert wurde, tritt ab 1. September im Theater am Blomplatz als „Cheron“ im „Sommerabendstraum“ auf. Zu den Klassiker-Remisenstrungen des Winters wird sie die „Lady Rachel“, „Katharina“ in „Widerpenigen Bäumung“ und die „Kate“ in „Der Hut“ spielen.

Die Proben des Berliner Verge-Chors beginnen am Dienstag, dem 20. August in der Gemeindehalle Winterfeldstraße 16. Aufnahme neuer Mitglieder nach Anmeldung beim Dirigenten, Dr. Kurt Singer, Kapellstr. 15. Liebermann in Paris. Aus einer Volontär der „Action Française“ ist zu entnehmen, daß Unterrichtsminister Herriot beabsichtigt, die in Berlin zur Feier des 80. Geburtstages Max Liebermanns ausgestellten Werke des Künstlers nach Paris kommen zu lassen. Das Blatt erinnert daran, daß Liebermann das Recht der Intellektuellen unterzeichnet habe und behauptet, der Rat der Konservativen der Nationalmuseen habe gegen die Absicht des Ministers protestiert. Trotzdem aber werde die Ausstellung stattfinden.

Off. Mittel- und Südamer. stellt eine neue loeben im Verlag Carl Fleming und G. L. Biskoff K.-G., Berlin, erscheinende neue Generalkarte dar. Die Karte, Größe 75x92 cm, schließt in dem Verjüngungsverhältnis von 1:1000000 den gewaltigen Erdraum ein, der nördlich zwischen dem nördlichen Polarkreis und Antarktis und westlich zwischen Europa und dem Pazifischen Ozean liegt. So gelangen hier das gesamte östliche und japanische Reich, die Philippinen, Niederländisch-, Französisch- und Britisch-Indien, sowie weite Teile von Rußisch-Asien in anschaulicher Weise zur Darstellung. Die neuesten politischen Vorgänge beziehen der Karte besondere Aktualität.

Der neue Ozeanflug.

Entscheidende Beratungen über den zweiten Start.

Deffau, 16. August.

In Deffau fanden heute vormittag bei den Junkers-Werken unter Teilnahme von Professor Junkers, Direktor Sachjenberg und den Vertretern der Förderer dieses Ozeanflugprojektes entscheidende Beratungen über die weitere Durchführung des Unternehmens statt, nachdem der erste Versuch der Atlantiküberquerung infolge widriger Wetterverhältnisse gescheitert ist. Das Ergebnis dieser Besprechungen hängt, wie nicht übersehen werden darf, allerdings zum wesentlichen Teil von Verhandlungen ab, die heute und morgen in Berlin zwischen einem Beauftragten der Junkers-Werke und den Versicherungsgesellschaften stattfinden, mit denen die Versicherungen für die Befahrungen der „Bremen“ und „Europa“ und für die Maschinen selbst abgeschlossen worden waren.

Die entsprechenden Verträge gingen dahin, daß die Versicherungen mit dem Abrollen der Flugzeuge zum Start begannen und daß sie mit dem Eintreffen in New York oder mit dem endgültigen Abbruch des Fluges endeten. Es ist nun die juristisch recht schwierige Streitfrage entstanden, ob das Scheitern des ersten Versuches im Sinne dieser Verträge gleichzeitig als ein Abbruch des Unternehmens bezeichnet werden kann. Tatsächlich ist den Gesellschaften bisher kein Schaden entstanden, denn ihrer eventuellen Inanspruchnahme aus der Risiko-Versicherung wegen des unvollständigen Bruchs der „Europa“ stehen die von den Interessenten gezahlten außerordentlich hohen Prämien gegenüber. Zudem ist noch nicht sicher, ob wegen der Beschädigungen der „Europa“, die, entgegen anderslautenden Meldungen, ziemlich unbedeutend sind, die Versicherung überhaupt in Anspruch genommen werden wird. Die gegenwärtigen Verhandlungen beschäftigen sich nun mit der Frage, ob die deutschen Versicherungsgesellschaften, die mit der unruhlichen Ausnahme zweier großer westdeutscher Konzerne sich ziemlich einmütig zur Zeichnung dieser Versicherungen bereitwillig hatten, um so dieses nationale Unternehmen überhaupt erst zu ermöglichen, nun auch bereit sein werden, die bereits geleisteten hohen Prämien auf einen neuen Start der beiden Flugzeuge zu übertragen bzw. anzuerkennen. Es darf hierbei nicht verkannt werden, daß für die hinter diesem Ozeanflugprojekt stehenden Interessenten beträchtliche Summen auf dem Spiele stehen und daß bei etwaiger Unnachgiebigkeit der Versicherungsgesellschaften das ganze Unternehmen in Gefahr gebracht werden kann. Erfreulicherweise sind Anzeichen dafür vorhanden, daß die deutschen Versicherungen dieser schwierigen Situation Verständnis entgegenbringen, so daß auf einen baldigen befriedigenden Abschluß dieser Verhandlungen gehofft werden kann. Vielleicht gelingt es sogar diesmal, die gesamte Versicherung in Deutschland unterzubringen, nachdem für den ersten Start ein kleinerer Teil der Versicherung gezwungenermaßen in London placiert werden mußte.

Man rechnet bei diesen Verhandlungen bereits damit, daß an Stelle der „Europa“ (D 1197) die in Bereitschaft stehende dritte Maschine des gleichen Typs, D 1198, für den Ozeanflug eingesetzt werden wird, da es sehr leicht möglich ist, daß bessere Wetterbedingungen vom Atlantik einen neuen Start fordern, bevor die „Europa“ wieder völlig instandgesetzt worden ist. Die dritte Maschine ist bis in die letzten Einzelheiten ausprobiert und wäre ohne weitere Vorbereitungen imstande, zusammen mit der „Bremen“ zu starten. Dabei ist es selbstverständlich, daß die D 1198 dann wieder die gleiche Befahrung erhält wie die „Europa“. Der Motor der „Europa“, der gestern an Bord der G 31 von Bremen nach Deffau gebracht worden ist, wird heute auf dem Prüfstand des Junkers-Motorenbaues in Gegenwart des Piloten Ristitz einer sorgfältigen Untersuchung unterzogen werden.

Die „Bremen“ hat 3200 Kilometer zurückgelegt.

Wie jetzt bekannt wird, hat das gestern nach Deffau zurückgeführte Flugzeug „Bremen“ in 22 Stunden Flugzeit die beträchtliche Strecke von 3200 Kilometern zurückgelegt.

Koennekes Probeflüge.

Koenneke stieg heute um 8.20 Uhr zu seinem dritten Startversuchsflug auf, und zwar mit der gleichen Belastung wie gestern. Nach der Landung erklärte Koenneke, daß die fernere Arbeit der Verstärkung der Widlung und der Achse dienen müsse. Auf Befragen erklärte Koenneke und Direktor Roll von den Gaspar-Werken, daß es noch fraglich sei, ob Graf Solms Koenneke auf seinem Flug begleiten werde. Es sei vielmehr in Aussicht genommen, einen gut geschulten Junker mitzunehmen, der die zu fliegende Route genau kennt. Außerdem schwebten Verhandlungen mit einem persönlich für den Flug interessierten Amerikaner, der dem Flug mehr eine wirtschaftliche Bedeutung beimißt, die aber erst bei der Landung in Amerika voll in die Erscheinung treten würde. Es sei aber mit der Möglichkeit zu rechnen, daß sich diese Verhandlungen noch über die ganze Woche hinzögen. In der Zwischenzeit werde Koenneke dauernd Probeflüge unternehmen.

Gerüstesturz am Kurfürstendamm.

Drei Arbeiter schwer, ein weiterer leicht verletzt.

Auf dem Grundstück Kurfürstendamm 236, in dem sich die Phobus-Lichtspiele „Marmorhaus“ befinden, ereignete sich heute vormittag gegen 11 Uhr ein folgenschwerer Gerüstesturz, bei dem drei Arbeiter schwere, ein anderer leichte Verletzungen davontrugen. Das Städtische Rettungssamt und die Feuerwehr entsandten auf den Alarm „Menschenleben in Gefahr“ mehrere Fahrzeuge an die Unfallstelle.

An der Fassade des Marmorhauses wurden vor einiger Zeit Erneuerungsarbeiten ausgeführt, wozu ein hohes Leitergerüst errichtet wurde. Nach Beendigung der Arbeiten sollte heute ein Teil des Gerüsts abgetragen werden. Der obere Teil war bereits abgerüstet, als gegen 11 Uhr ein Krachen ertönte. Das ganze Gerüst geriet plötzlich ins Wanken und stürzte in sich zusammen. Drei Arbeiter und ein Kontrolleur des Marmorhauses, der zufällig auf dem Gerüst stand, wurden mit in die Tiefe gerissen und unter den Holzstücken begraben. Zum Glück gelang es, die Abgestürzten nach kurzer Zeit aus ihrer qualvollen Lage zu befreien. Sie wurden zur nächsten Rettungsstelle und von dort in das Wilmsdorfer Krankenhaus in der Achenbachstraße übergeführt. Während der 24jährige Kurt Seewald aus der Koloniestr. 27 nach Anlegung von Kotoverbänden wieder entlassen werden konnte, mußten die anderen Verunglückten, der 58jährige Polier Julius Seewald, der Vater des Kurt Seewald, aus der Koloniestr. 27, der 29jährige Banenarbeiter Richard Koch aus der Streufstr. 127 zu Wehnesee, und der 20jährige Kontrolleur Willi Derix aus der Embener Str. 48 mit Knochenbrüchen, Kopfverletzungen und inneren Verletzungen im Krankenhaus verbleiben. Die Ursachen des Einsturzes konnten noch nicht einwandfrei ermittelt werden. Nach Zeugenaussagen soll eine hohe Verbindungseile weggerutscht sein, so daß das Gerüst der Hauptstütze beraubt, zusammenbrach. Nur dem Umstand, daß vor dem Marmorhaus noch ein großer Vorgarten liegt, ist es wohl zu verdanken, daß Passanten, die in dem Augenblick die Unfallstelle passierten, nicht zu Schaden gekommen sind. Die Feuerwehr, die mit mehreren Rüstwagen an der Unfallstelle erschien, war längere Zeit mit dem Abtragen und Auseinanderfügen des Gerüsts beschäftigt.

Gefährliches Rettungswerk.

Die Retter selber vom Tode des Ertrinkens bedroht.

Bei dem Versuch, einen Lebensmüden zu retten, hätten gestern abend um ein Haar zwei Männer ihren Tod gefunden. Gegen 22 Uhr sprang ein unbekannt gebliebener Mann von der Schlossbrücke in die Spree. Ein Straßenbahnaufsichtsbearbeiter und ein Passant lösten den Rettungszug und wollten ihm zu Hilfe eilen. Keum hatten sich die Männer wenige Meter vom Ufer entfernt, als sich der Kahn, der leer war, mit Wasser füllte und zu sinken drohte. Andere Vorübergehende, die sich ansammelten, versuchten nun den Rettungszug zu lösen und ihn dem Lebensmüden zuzuwenden; die Leine war aber derart verknotet, daß der Ring die Oberfläche des Wassers nicht erreichte. Inzwischen war der Unbekannte untergesunken und kam nicht mehr zum Vorschein. Die beiden Männer, die ihm hatten helfen wollen, konnten glücklicherweise das Ufer noch erreichen. Die Leiche des Ertrunkenen konnte trotz der ausgenommenen Suche durch den Reichsmörserschutz und die Kriminalpolizei noch nicht geborgen werden. Man fand später einen dunklen Schlapphut auf dem Wasser treiben, der allem Anscheine nach dem Manne gehört hat. Er war etwa 24 Jahre alt und 1,60 Meter groß.

Von Zeit zu Zeit wird von amtlicher Stelle aus das Publikum ermahnt, die Rettungsgeschäfte vor Mißbrauch zu schützen. Nach diesem Vorfall scheint aber nichts so notwendig zu sein, als sämtliche Rettungsgeschäfte sofort auf seine Brauchbarkeit zu untersuchen. Wenn die Retter selber wegen Unzulänglichkeit der Geschäfte in Lebensgefahr kommen, dann wird sich die Bereitwilligkeit zur Hilfeleistung mindern.

Erchossen und ertränkt.

Beim Baden im Wannsee fand heute morgen um 6 1/2 Uhr ein junger Mann, Mitglied eines Sportklubs, die Leiche eines unbekannten Mannes. Sie trieb zwischen dem Freibad und dem Klubhaus der „Hanselken“ und wurde von Fischern, die der junge Mann aufmerksam machte, geborgen und später nach der Halle in Zehlendorf gebracht. Der junge Selbstmörder hatte sich Wasser-

keine von einer nahegelegenen Baustelle auf die Brust gebunden, um sicher unterzugehen und sich, bevor er ins Wasser fiel, auch noch einen Kopfschuß beigebracht. Die Browningpistole hielt er noch krampfhaft mit dem Daumen zwischen Abzug und Bügel in der Hand. Nach Papieren, die die Kriminalbeamten des 163. Reviers bei der Leiche fanden, scheint der Tote ein Student Adamys zu sein, dessen Wohnung noch unbekannt ist. Die Leiche mag etwa 10—14 Tage im Wasser gelegen haben. Mitteilungen zur Feststellung der Persönlichkeit an die Kriminalpolizei des 163. Reviers im Polizeiamt Nikolossee.

Gutowski auch Mörder der Frieda Ahrendt?

Seelischer Zusammenbruch des Täters.

Nachdem sein Geständnis von der Ermordung der Hausangestellten Eise Arndt in der Rosenhaler Straße protokolliert festgelegt worden war, wurde der Seifenhändler Gutowski gestern spät abends nach dem Polizeigefängnis zurückgebracht. Er ist vollständig zusammengebrochen, und man hat deshalb von einem weiteren Verhör bis jetzt Abstand genommen.

Wie die Ermittlungen des Kriminalrats Gennat, der Kommissare Lobbes und Jarpe und ihrer Beamten jetzt feststellen haben, hat Gutowski sein Geschäft in der Kurfürstenstraße äußerst nachlässig geführt. Er hielt den Laden oft tagelang geschlossen. Zu anderen Zeiten öffnete er ihn so spät, daß die Kundschaft sich bereits anderweitig eingebedet hatte. Weil er bei dieser Art der Geschäftsführung natürlich nichts einnahm, konnte er auch seine Lieferanten nicht befriedigen, die immer mehr, wenn auch stets vergeblich, auf Zahlung drängten. Das wenige, was er einnahm, verbrachte Gutowski in leichtsinniger Gesellschaft. Sein Geständnis, die Eise Arndt ermordet zu haben und der Tod der Hedwig Desterreich in seiner Wohnung legen den Verdacht nahe, daß Gutowski auch der Mord an der früheren Hausangestellten Frieda Ahrendt und die Verstückelung und Beseitigung ihrer Leiche zur Last fällt. Der Tario der Leiche wurde, wie wir seinerzeit mitteilten, am 29. März d. J. in der Schildhornbucht in der Nähe des Ufers in der Havel gefunden. Weitere Leichenteile fand man später am Schönberger Ufer, in der Grunewaldstraße und in der Siubentraustraße zu Schöneberg, also in der Gegend, von der Wohnung und Laden Gutowskis nur wenige Minuten entfernt sind. Alle diese hier entdeckten Leichenteile waren in eine gleiche Art Packpapier verpackt, in hellbraunes gestreiftes Packpapier. Diese Art Papier wird nun auch zum Teil in Seifengeschäften geführt, zum Teil zum Verpacken von Waren, zum Teil auch zum Verkauf an die Kundschaft. Auch die Lieferanten senden den Händlern wohl Ware in diesem Papier zu. Ermittlungen nach diesen Richtungen, insbesondere dahin, ob eine Handlung einen größeren Posten dieses Papiers an Gutowski geliefert hat, sind sofort aufgenommen worden. Auch über den Aufenthalt Gutowskis in jenen Tagen, die hier in Betracht kommen, werden Forschungen angestellt und Zeugen vernommen. Mitteilungen nimmt die Mordinspektion im Polizeipräsidium entgegen.

Hausdurchsuchung bei Gutowski.

Daß Gutowski nunmehr auch im Verdacht steht, das Hausmädchen Frieda Ahrendt ermordet zu haben, ist ihm bisher noch nicht vorgehalten worden. Im Anhaltspunkte dafür zu gewinnen, unternehmen augenblicklich Kriminalrat Gennat und Kriminalkommissar Rede mit mehreren Beamten eine Durchsuchung der Wohnung und des Ladens in der Kurfürstenstraße. Es handelt sich namentlich darum, Anhaltspunkte dafür zu finden, daß in diesen Räumen eine Leiche zerstückelt sein könnte. Wenn das der Fall gewesen ist, so wird Gutowski auch darauf bedacht gewesen sein, alles nach Möglichkeit zu verwischen. Es kann sich also wohl nur noch um ganz geringfügige Spuren handeln, die aber für die Aufklärung von der größten Bedeutung sein können.

Gefunden wurde in der Kurfürstenstraße der graue Anzug, den Gutowski in dem Privathotel in der Rosenhaler Straße getragen hat. Der Verhaftete wird in diesem Anzuge den Zeugen gegenübergestellt werden. Die Widersprüche, die sich zwischen seinen Aussagen in der Schilderung der Vorgänge in der Rosenhaler Straße und den Befundungen der Zeugen ergaben, werden noch weiter geklärt. Festgestellt wurde, daß Gutowski sein Geschäft, das er im Januar d. J. mit der Abfindungssumme, die er beim Ausscheiden aus dem Schuhpolierdienst erhielt, gründete und einrichtete, im ersten Monat ordentlich betrieb. Der Disziplin der Schupo entriekt, verteilte der Händler jedoch bald einem Bummelleben. Festgestellt wurde auch, daß ein ungewöhnlicher Verkehr von Männern und Frauen in diesen Räumen beobachtet worden ist.

Nach der Entlassung! Das Elend der Vorbestraften.

Immer wieder haben wir im „Vorwärts“ auf die ungeheure Not der Menschen hingewiesen, die einmal gestolpert sind, ins Gefängnis mußten und dann wieder hinaustraten ins Leben, um eine neue Existenz zu beginnen. Mit Mißtrauen begegnet man ihnen, jeder scheut sich, ihnen Arbeit und Brot zu geben, und nur zu oft ist die Folge, daß sie rückfällig werden und dann, entnervt durch Aufenthalt und Umgang in der Strafanstalt, völlig der Sozialität und dem Verbrechen verfallen. Da wird die Strafe zumeist nicht zu einer Sühne, die zur Besserung und Einsicht führt, sondern zu einer Mahnrede, die das Gegenteil von dem erreicht, was bezweckt wird. Und wir wollen schweigen von manchen Rückfälligkeiten im Strafvollzug, die auch heute im deutschen Vaterland leider noch lange nicht überwunden sind.

Ein erschütterndes Beispiel für die Not der Straftatklaffen bietet uns ein Brief, den uns ein junger Mensch von 24 Jahren übersendet. In den Stürmen der Inflation, in schlimmster wirtschaftlicher Notlage, damals kaum aus den Kinderschuhen herausgewachsen und moralisch noch vollkommen unausgereift, hat er sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht und kam ins Gefängnis. Nachdem er vier Jahre seiner Strafe verbüßt hatte, wurde er im August 1927 vom preußischen Justizminister begnadigt.

Nun schreibt er uns: „In dieser Zeit ward ich zu einem jener Menschen, die nicht selten ein ganzes Leben lang unter erdrückenden Vorurteilen ihr bestes Wollen schmachvoll erfahren haben müssen, und dann erst kommt eine aus „Schuld“ und Not resultierende kriminelle Entwicklung als letzter Werdegang. Jene unglücklichen Menschenkinder sind dann der „Abscham der Gesellschaft!“ Rang guter Kern ging unter diesen Erfahrungen-tajachen erst in Feulnis über! Vier Jahre war ich von der Außenwelt abgeschnitten und habe in bitterer und dennoch heilsamer Einsamkeit erkannt, daß ich trotz allem zu gut für das Gefängnis war. Von da ab rang ich, wie nur ein Mensch ringen kann, und klammerte mich verzweifelt an mich selbst, um nicht dem Vorrast zu verfallen. Ich habe es geschafft, aber es war ein dornenreicher Weg.“ Der junge Mensch hat sich mit seinem Vater, der Pianist in schlecht bezahlter Stellung ist, wieder ausgeföhnt, und nun wohnt er bei ihm und hat wenigstens ein Dach über dem Kopfe. Aber wie soll er bei seiner Vorstrafe eine Stellung bekommen? In den vier Jahren, die er im Gefängnis bei ununterbrochener Arbeit zubrachte, hat er ganze 67 Mark verdient, und die verbrauchte er für Wäsche, Kleidung und Schuhzeug. Jetzt ist er gänzlich mittellos und hat nur den einen Wunsch, sich eine Existenz zu gründen, damit er ein menschenwürdiges Dasein führen und seinem Vater das abtragen kann, was er ihm schuldet.

Es liegt eine tiefe Tragik über der Not und dem Kummer so mancher Straftatklaffen, die heute nicht aus noch ein wissen und doch so gerne herausmöchten aus dem Elend. Kann sich da die Gesellschaft wundern, wenn sie durch Brutalität und Gleichgültigkeit Verbrecher heranzieht?

Hausdurchsuchung beim Nachlasspfleger Ruppolt.

Nachdem gestern nachmittag, wie wir bereits berichteten, die Ehefrau des ungetreuen Nachlasspflegers Paul Ruppolt festgenommen worden war, nahm Kriminalkommissar Kantsch mit mehreren Beamten in der Wohnung in der Berliner Straße 18 zu Wilmsdorf eine abermalige eingehende Durchsuchung vor. Im Arbeitszimmer Ruppolts wurden in den Möbeln versteckt eine Reihe von Aktien gefunden, die beweisen, daß der Nachlasspfleger sich in Spekulationen eingelassen hat. Seine eilige Flucht verhinderte ihn, die Papiere aus den Verstecken herauszuholen und zu vernichten oder anderweitig unterzubringen. Schwer belastend für den Flüchtigen ist auch der Fund mehrerer neuer Firmenstempel und eines Typendruckkastens. Ohne Zweifel sollten diese Gegenstände dazu dienen, Rechnungen anzufertigen, die zum Ausweis über den ordnungsmäßigen Erwerb der großartigen Anschaffungen im Haushalt vielleicht gefordert wurden. Im Februar dieses Jahres ließ die vorgelegte Justizbehörde bei Ruppolt eine überraschende Kontrolle ausüben. Schon damals wurden Unstimmigkeiten bei seiner Amtsführung entdeckt. Ruppolt mußte nach diesem Vorfall darauf gefaßt sein, daß man ihm genau auf die Finger sehen würde und verberg alles, was ihn hätte belasten können. Erst in letzter Zeit kaufte er lieben Perlebrücken, die noch in der Wohnung vorgefunden und beschlagnahmt wurden. Weiter wurde festgestellt, daß er aus einem Nachlass 20 000 Mark an sich gebracht hat. Bei der Fülle des gestrigen gefundenen Materials ließ sich aber der Verbleib des Geldes noch nicht klären. Auf die Veröffentlichungen in der Presse sind neuerdings wieder eine Reihe von Anzeigen gegen den Ungetreuen eingelaufen, die von der Dienststelle F 3 der Kriminalpolizei noch genauestens nachgeprüft werden. Die Untersuchung dürfte sich noch längere Zeit hinziehen.

Falsche Reichsbanknoten über 20 Reichsmark.

Von den in Umlauf befindlichen Reichsbanknoten über 20 Reichsmark mit dem Datum des 11. Oktober 1924 ist, wie die Reichsbank mitteilt, eine Fälschung festgestellt worden, die als solche an nachstehenden Merkmalen zu erkennen ist:

Pflanzensafeln, Wasserzeichen und die Prägung des Kontrollstempels in der gemunterten Blindprägung fehlen. Das Druckbild der Vorderseite ist dem einer echten, stark verbrauchten Note ähnlich. Die Rückseite zeigt ein auffallend helles und unvollständiges Gesamtbild in nur einfarbiger, schwarzbrauner Tönung. Vor Annahme dieser Fälschung wird gewarnt. Die Reichsbank hat eine Belohnung bis zu 3 000 M. ausgesetzt, die an diejenigen Personen verteilt werden soll, die zur Ermittlung und Festnahme der Fälscher beitragen.

Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nimmt für Groß-Berlin Kriminalkommissar von Liebermann, Alte Leipziger Straße 16, Anruf: Werkur 37 89, entgegen; für alle anderen Orte sind die örtlichen Polizeibehörden zuständig.

Schweres Autounglück bei Mainz.

Mainz, 16. August.
An der Eisenbahnbrücke bei Riederolm ereignete sich gestern abend ein schweres Autounglück. Angehörige des Riederolmer Sportvereins lehrten auf einem Lastkraftwagen von einem Fußballspiel zurück. Der Wagenlenker konnte eine scharfe Kurve nicht nehmen, wodurch das mit 16 Personen besetzte Auto umstürzte und sich derart überschlug, daß die Räder nach oben standen. Nur mit großer Mühe gelang es, die Verletzten unter dem Wagen herauszuholen. Bierzehn Personen hatten teils schwere, teils leichte Verletzungen erlitten; nur zwei kamen mit dem Schrecken davon. Das Auto mußte abgeschleppt werden.

Kriegsandenken.

Während der italienischen Sommermanöver in Südtirol fanden bei Sabas in der Nähe von Brigen drei Soldaten eine österreichische Bombe aus dem Weltkrieg. Sie explodierte in ihren Händen und riß alle drei in Stücke.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Geschäftsstelle: Berlin 614, Schönhauserstr. 87/88, Hof 2. Tz.
Veranstalter: Berg: Versammlungen am Do., 8. 18., 30. Uhr; Rame-
schaff: Robert Hilm bei Ring, Danziger Str. 71; Kameradschaft
Rendlap bei Seckel, Schönebeiner Str. 16.

Feinde des Reichsnappschaffgesetzes

Lambach und Leopold Arm in Arm.

Das Reichsnappschaffgesetz ist den Grubenherren, vor allem den mitteldeutschen Braunkohlenunternehmern, ein Dorn im Auge. Ihr Ueberumpelungsvorstoß im Reichstag kurz vor den Ferien scheiterte zwar dank der Wachsamkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion — der Antrag der deutschnationalen Abgeordneten Leopold und Lambach auf Änderung des Reichsnappschaffgesetzes wurde von der Tagesordnung abgelehnt —, aber die Herrschaften lassen nicht locker. Ihr Antrag, wonach es den kaufmännischen Angestellten im Bergbau freigestellt werden soll, zwischen der Versicherung in der Angestelltenpensionskasse der Reichsnappschaff oder der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu wählen, was praktisch auf eine Entlastung der Arbeitgeber von der Beitragszahlung und auf eine

nische Untertageangestellte nach Vollendung des 50. Lebensjahres eine erhebliche Summe von Altersruhegeld beziehe, während der kaufmännische Angestellte in dieser Zeit noch Beiträge leisten müsse.

Bewußt wird verschwiegen, daß die Altersruhegeldlast von den Bezugsberechtigten durch entsprechende Zusatzbeiträge selbst aufgebracht wird; weiter wird verschwiegen, daß in der Höhe des Ruhegeldes für kaufmännische und technische Angestellte nach den gesetzlichen Vorschriften überhaupt kein Unterschied besteht. Zum Schluß wird in dem Flugblatt erklärt, daß die deutschnationalen Reichstagsfraktion nach Erledigung der Angestelltenfragen sich auch für die Interessen der Arbeiter einsetzen werde. Mit dieser harmlosen Lebensart deuten die Flugblattschreiber an, worauf es ihnen in Wirklichkeit ankommt:

das ganze Reichsnappschaffgesetz zu beseitigen.

Der Antrag Leopold-Lambach zur Angestelltenpensionskasse ist nur die Einleitung dazu.

Wer hinter diesem Flug- und Lugblatt, hinter der ganzen Hegaktion des Reichsnappschaffgesetzes steht, zeigt folgendes Rundschreiben, das ein glücklicher Zufall dem A. B. Bund in die Hände gespielt hat. Das Rundschreiben lautet:

„Arbeitgeberverband Bornaer Braunkohlenwerke C. B.

Borna, den 29. Juli 1927.

Rundschreiben Nr. 27.

An die Verbandswerke!

Beit.: Reichsnappschaffgesetz, Tg. Nr. 151. (Vertagschl. H.)

Anliegend übermitteln wir Ihnen eine Anzahl Flugblätter betr. einen vom Reichstagsabgeordneten Leopold eingereichten Antrag wegen Abänderung des Reichsnappschaffgesetzes.

Wir bitten Sie, diese Flugblätter an Ihre Angestellten zu verteilen.

Mit Gläubig
Die Geschäftsführung: gez. Ehrhardt.“

Auch dem letzten Angestellten und Arbeiter muß also klar sein, wohin die Reize gehen soll. Die Braunkohlenunternehmer wollen von der ihnen unangenehmen Beitragslast zur Knappschaffversicherung befreit werden. Zu diesem Zweck spielen sich die Förderer der Selben und Stahlhelmlente als Interessenvertreter der Arbeiter und Angestellten auf. Bei dieser Bauernfängerei dürfen natürlich deutschnationalen Arbeitnehmervertreter nicht fehlen. Herr Lambach, namhafter Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, Arm in Arm mit Herrn Leopold, dem Direktor der Bieschischen Montanwerke, einem ganz besonders engstirnigen Verfechter der Unternehmerinteressen — ein reizendes Bild!

Sprengung der Angestelltenpensionskasse

hinausläuft, wird im Herbst bestimmt wieder im Reichstag auftauchen. In der Zwischenzeit wird draußen im Lande mit verlogenen Redensarten für diesen Antrag Stimmung gemacht. So wird zurzeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ein Flugblatt „Abänderung des Reichsnappschaffgesetzes“ verbreitet, mit welchem man Angestellte und Arbeiter, kaufmännische und technische Angestellte gegeneinander aufzuheben versucht.

In dem Flugblatt wird behauptet, daß die Löhne und Gehälter im Braunkohlenbergbau im letzten Jahre vielfach gestiegen seien. Dabei ist es Tatsache, daß im November 1926 nur eine winzige Lohn- und Gehaltserhöhung eingetreten ist und trotz guter Gewinne die Grubenbesitzer jede weitere Erhöhung verweigert haben. Der vor einigen Wochen gefällte Schiedsspruch, der eine Lohnsteigerung von nur 3 Proz. vorsah, ist auf Betreiben der Unternehmer nicht für verbindlich erklärt worden. Und dann spricht man von vielfacher Lohn- und Gehaltssteigerung! Die schon wiederholt widerlegte Behauptung, daß die Löhne der Braunkohlenarbeiter und Angestellten die knappschafflichen Leistungen des reicheren Steinkohlenbergbaues mitfinanzieren müssen, wird auch in dem Flugblatt wieder aufgeführt. Wie oft soll dieser Schwindel noch richtiggestellt werden?

Tatsache ist, daß der Ruhrbergbau und Oberschlesien erhebliche Zuschüsse an die Reichsnappschaff zur Unterstützung der Inopiden, Witwen und Waisen in den schwachen Erzbergbauregionen abgeben. Der Zweck des Schwindels ist durchsichtig; man will

die Braunkohlenarbeiter gegen die Steinkohlenarbeiter aufheben

und kaufmännische und technische Angestellte gegeneinander auspielen. So heißt es, daß der tech-

Kommunistische Annäherung.

Sabotage des Berliner Gewerkschaftsfestes.

Die „Rote Fahne“ phantasiert von einem „alljährlichen Internationalen Gewerkschaftsmerkeltag“, weil im vorläufigen Jahre zur Feier des 23-jährigen Bestehens des I. B. ein solcher Merketag veranstaltet wurde. Das von den Ortsausschüssen des I. B. B., des A. B. Bundes und des I. B. geplante Gewerkschaftsfest am 28. August wird damit in Zusammenhang gebracht und bemängelt, daß „noch keine Tagesordnung“ bekanntgegeben sei. Die „Fahne“ macht sich dafür einen Popanz zurecht, um etwas zu haben, worauf sie loslocken kann.

Obwohl es die KPD-Zentrale nichts angeht, wenn die Ortsausschüsse der Berliner Gewerkschaften die Mitglieder der Berliner Ortsvereinigungen zu einer Veranstaltung einladen, führt sich diese Moskautillale zur Herunterziehung und Bekämpfung der Gewerkschaften veranlaßt, sich einzumischen. Sie fordert ihre Befinnungsgenossen zu rechtzeitiger Stellungnahme in den Betrieben, Branchen und Verbänden auf, und zur Massenankündigung von Transparenten mit schlagkräftigen Aufschriften.

Was dabei herauskommt ist nach den bisherigen Leistungen der Gewerkschaftsleiter klar. Das Gewerkschaftsfest soll kommunistisch abgeleitet, d. h. sabotiert, unsere Gewerkschaftsbewegung soll innerhalb ihrer eigenen Veranstaltung beschimpft werden.

Die nicht kommunistisch geleiteten Gewerkschaften, die ja in Berlin immerhin die große Mehrheit bilden, werden es sich zu überlegen haben, ob sie sich den kommunistischen Transparenten noch länger gefallen lassen sollen. Die KPD mag bei ihren eigenen Veranstaltungen machen was sie will, aber nicht bei den Veranstaltungen der Gewerkschaften. Ihre Annäherung und Strupflosigkeit macht sich um so breiter, je mehr man sie des lieben Friedens halber gewähren läßt. Der Unversöhnlichkeit der KPD-Zentrale muß schließlich eine Grenze gezogen werden.

Nicht die KPD, bestimmt, welche Transparente in den Zügen der Gewerkschaften mitzuführen sind, sondern die Ortsausschüsse und die von ihr beauftragten Ordner. Mögen die KPD-Zellen „in allen Betrieben und Gewerkschaften“ ihre Vorbereitungs- und Werbeausschüsse bilden; über die Vorbereitung und die Art der Mitgliederwerbung in den Gewerkschaften aber, in diesem Falle über die Arrangierung des Gewerkschaftsfestes, haben die Organe der Berliner Gewerkschaften zu bestimmen und jede Einmischung der KPD-Zentrale zu ihren Parteizwecken energisch zurückzuweisen.

Die Beamtenunterstützungsaktion in Preußen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat kürzlich zur Beamtenunterstützungsaktion in Preußen ein Schreiben an den Finanzminister gerichtet, worin sie vorschlug, ohne besonderen Antrag den Beamten bis 200 M. Monatsgehalt 40 M., von 201 bis 300 M. 35 M., von 301 bis 500 M. 30 M. und dazu für jedes Kind 5 M. zu geben, während bei Beamten mit mehr als 500 M. Monatsgehalt auf Antrag eine besondere Regelung erfolgen könne. Auf dieses Schreiben ist nunmehr vom preussischen Finanzminister folgende Antwort eingelaufen:

„Nach eingehenden Erwägungen halte ich es nicht für erforderlich, meinen Erlaß vom 27. Juli 1927 — I. A. 2. 9470a) betr. die Fonds für Unterstützungen an Beamte für 1927 im Sinne der dortigen Anregung zu ergänzen.

Die den Behördenhelfern besonders zur Pflicht gemachte Prüfung der wirtschaftlichen Lage ihrer Beamten von Amts wegen bietet nach den hier gemachten Erfahrungen m. E. eine hinreichende Gewähr dafür, daß in der Praxis dem dortigen Wunsche entsprechend in erster Linie die Beamten der unteren, wirtschaftlich schwächsten Gruppen im Rahmen der verfügbaren Mittel ohne Einzelantrag angemessen berücksichtigt und, falls nicht besondere Verhältnisse eine Abweichung gebieten, in der Regel auch entsprechend dem Familienstande gleichmäßig bedacht werden. So habe ich z. B. den in meinem Ministerium beschäftigten Beamten der Besoldungsgruppen 2 bis 4 je nach der durch den Familienstand bedingten wirtschaftlichen Lage ohne besonderen Antrag durchweg eine Unterstützung von 50 M. bis zum Höchstbetrage von 80 M. gewährt.“

Vom Textilarbeiterkampf im Rheinland.

Berlin, 16. August. (ZTB.)

Die Färbereien und Appreturanstalten in Bieren, Düren, Eseln, Lobberich, Dett und Greffath haben mit den Gewerkschaften ein vorläufiges Abkommen getroffen, um zu vermeiden, daß auch die Arbeiterchaft der Berieselungsindustrie der Landbetriebe in die Aussperrung der Arefelder Textilarbeiterchaft hineinbezogen wird. Die Arbeiter erhalten vorläufige Vorschläge,

die, auf die 54stündige Arbeitszeit abgestellt, bei Schwarzfärbern wöchentlich 4 Mark, bei Stoffappreturen 2,40 Mark und bei Couleurfärbern 2,70 Mark ausmachen. Weiter ist vereinbart worden, daß der neue Tarifabschluß die in der Arefelder Veredelungs- und Ausstattungsindustrie endgültig festgelegten Sätze weder unter- noch überschreiten soll.

Vom niederländischen Gewerkschaftsbund.

Der Bund machte in der jüngsten Zeit erfreuliche Fortschritte. Am 1. Juli war die Zahl von 200 000 Mitgliedern wieder überschritten. Allerdings ist damit der große Mitgliederverlust der Krisenjahre noch nicht ausgeglichen, da die Zahl der Bundesmitglieder von 190 000 im Jahre 1919 in einem einzigen Jahre auf 250 000 im Jahre 1920 hinaufschoss. Dem Höhepunkt des Jahres 1920 folgte der Tiefstand des Jahres 1924 mit 180 000 Mitgliedern. Seither ging es wieder aufwärts.

Der Niederländische Gewerkschaftsbund fing seine Tätigkeit am 1. Januar 1906 mit 18 900 Mitgliedern in elf Verbänden an. Zehn Jahre später zählte er bereits 35 Verbände mit über 100 000 Mitgliedern, um jetzt, nach 21 Jahren, wenn man von den Ausnahmehahren nach Kriegsende abliest, auch die 200 000 zu überschreiten. Er verfügt ohne den Streikfonds über ein Vermögen von 9 Millionen Gulden. Er zählt über das Doppelte an Mitgliedern, als alle anderen gewerkschaftlichen Zentralen des Landes zusammen, so daß er heute in der niederländischen Gewerkschaftsbewegung der ausschlaggebende Faktor ist.

Die Metallarbeiterbewegung in Ungarn beendet.

Budapest, 16. August. (ZB.)

Gestern mittag wurde in einer gemeinschaftlichen Konferenz der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Vorsitz des Stellvertreters der Oberstadthauptmannschaft eine Tarifvereinbarung abgeschlossen, wonach die Arbeit heute, Dienstag, früh in allen Betrieben der Metallindustrie wieder aufgenommen wird. Die Einzelheiten des Übereinkommens sind noch nicht bekannt. Jedenfalls kann durch diese Einigung der Lohnstreik in der Metallindustrie als beigelegt gelten.

Eisenbahnerstreik in der Türkei.

Die Frauen helfen den Streikenden.

Konstantinopel, 16. August. (ZB.)

Der Streik der Eisenbahner von Adana hat sich weiter ausgebreitet. Zwischen den Streikenden und der Polizei ist es zu heftigen Zusammenstößen gekommen, wobei mehrere Personen verletzt wurden. Bei Maarmurt brachen die Streikenden einen Zug zum Entgleisen. In vielen Fällen legten sich die Frauen der Streikenden auf die Schienen, um den Bahnverkehr unmöglich zu machen. Die Polizei mußte sie mit Gewalt entfernen. Verschärfend mußte die Feuerwehr mobil gemacht werden, die die Widerständigen mit ihren Spritzen von den Schienen vertrieb.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter, Lehrlingsabteilung. Die für morgen, Mittwoch, anberaumte Lehrlingsversammlung fällt für diesen Monat umständehalber aus. Die Lehrlingskommission.

Dantigung.
Für die herzliche Teilnahme beim Gelingange meines lieben Mannes
Paul Schulze
sage ich allen Verwandten, Bekannten, Genossen der SPD, und Kameraden des Reichsbanners, sowie dem Personal des Sächsischen Odbaus, insbesondere Herrn Walter Stude für ihr treuherrliches Verhalten herzlichsten Dank.
Jeau Maria Schulze und Kinder
Gerickestraße 34.

Komische Oper
8 1/4 Uhr. 8 1/2 Uhr.
Berlin's neueste Revue:
Streng verboten!!!
Die Revue der verheirateten Ladies!
Über 200 Mitwirk. / 8 Balletts.
Vorverkauf z. 4. Theaterplatz ab 15 Uhr ausverkauft.

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99
Vom 16. bis 18. August 1927
Die Lady ohne Schleier
Ferner: Van Spürbunden verlorst mit Valletta. Außerdem: Bühnenschau

Concordia-Palast, Andreasstraße 64
Vom 16. bis 18. August 1927
Lolotte das Modell
Dazu:
Millionenraub im Rivieraexpress

Viktoria-Lichtbildtheater Frankfurter Allee 43
Vom 16. bis 18. August 1927
Satan in Seide
Ferner: Prof. Thoma's: Der Todesspringer
Außerdem: Bühnenschau

Passage-Lichtspiele. Neukölln, Bergstr. 151/52
Vom 16. bis 18. August 1927
Lederstrumpf
Wülfers Kampf um das Luchskin im See
Außerdem: Bühnenschau.

Wirtschaft

Bauernwirtschaft in der Sowjetunion.

Wohin steuert die russische Agrarwirtschaft?

In dem jüngst erschienenen Heft 2 der vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft herausgegebenen „Berichte über Landwirtschaft“ veröffentlicht G. U. Studensky, Moskau, einen längeren Aufsatz über Intensität und Pseudointensität in der russischen Bauernwirtschaft. Auf Grund von eingehenden Untersuchungen werden die Verhältnisse in der russischen Landwirtschaft geschildert und die Ergebnisse mit denen verglichen, zu denen die Agrarökonomen Keroboe und Lauer für die deutsche und die westeuropäische Landwirtschaft gekommen sind. Studensky kommt zu folgenden Schlussfolgerungen:

1. Die Wegbereiter der Intensivierung stellen nicht die kleinen, sondern die (dem Umfang nach) großen und mittleren bäuerlichen Wirtschaften dar.
2. In den kleinen Wirtschaften sind die Produktionstechnik und der Ausbeutungsgrad des Landes niedriger, aber die Last der unproduktiven Ausgaben sehr hoch, wodurch zuweilen der Eindruck einer hohen Intensität hervorgerufen wird.
3. Die Stückelung der bäuerlichen Wirtschaften ist ein ernstliches Hindernis auf dem Wege zu einer rationellen Intensivierung, da sie die Vergeudung an Arbeit und Produktionsmitteln steigert, die wirtschaftliche Kraft der Produktionseinheiten lähmt und sie auf den Weg der „Pseudointensivierung“ drängt.
4. Das Befolgen der Gemengelage und der Umteilungen beschränkt den Rahmen einer rationalen Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion sehr stark, und das um so stärker, je kleiner die Wirtschaft ist.

Diese Schlussfolgerungen werden von Studensky noch in folgender Weise erörtert:

„Der marktwirtschaftliche Charakter der kleinen Wirtschaften ist bedeutend geringer entwickelt, aber dafür ist, wie Lauer unterstreicht, die Veräußerung von landwirtschaftlichen Produkten je Hektar in ihnen gleichwohl höher. Indessen handelt es sich hier nur um die Rohveräußerung von landwirtschaftlichen Produkten. Wenn man aber andererseits den Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten, der hauptsächlich in den kleinen Wirtschaften vorkommt, in Betracht zieht und die Reinüberschüsse an landwirtschaftlichen Produkten berechnet, dann wird ihr Ausmaß je Hektar in den kleinen Wirtschaften unzweifelhaft niedriger. Überall ist eine Grenze vorhanden, hinter der eine weitere Verstückelung der landwirtschaftlichen Produktionseinheiten unumgänglich von einer Verminderung der Marktproduktivität des Hektars begleitet wird, und die Intensivierung immer mehr durch die Zunahme der unproduktiven Ausgaben gehemmt und entwertet wird. Wenn auch in der Schweiz die bäuerliche Wirtschaft in den niederen Gruppen diese Grenze überschreitet, so ist dieselbe in der russischen Landwirtschaft schon längst überschritten. Hier ist jede weitere Verstückelung der bäuerlichen Wirtschaften offensichtlich ein Rückschritt, indem sie den Effekt der Intensivierung herabsetzt und die Marktfähigkeit der Landwirtschaft vermindert. Wenn man in der westeuropäischen und besonders in der amerikanischen Landwirtschaft, mit Ausnahme der Latifundienbetriebe und der Parzellenbetriebe, in gewissen Grenzen von einer Arbeitsteilung zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben verschiedenen Umfangs und verschiedener Intensität reden kann als von einer im volkswirtschaftlichen Sinne positiven Tatsache, und dem Resultate einer rationalen Übereinstimmung von Produktionsformen und Größen der Produktionseinheiten, so ist in der russischen Landwirtschaft und auch in der Landwirtschaft Chinas, Indiens und aller agrarüberdickerten Länder die Kleinheit und Zerstückelung der Produktionseinheiten in allen Fällen eine Tatsache von negativer Auswirkung.“

Handelt es sich bei diesen Ausführungen Studensky's nur um theoretische Erörterungen oder will die Sowjetregierung auch die praktischen Schlüsse für ihre Agrarwirtschaft daraus ziehen? Man erinnere sich: der bolschewistische Umsturz fiel zusammen mit der Zerstückelung des Großgrundbesitzes. Die Sowjetregierung glaubte dann des Land für die Dauer dadurch für sich gewinnen zu können, daß sie die „Dogsfarm“ begünstigte und politisch zu organisieren suchte. Dieses Experiment ist mißglückt, der Grund und Boden ist nicht in Gemeinwirtschaft übernommen worden, sondern er blieb tatsächlich Privateigentum. Die weitere Entwicklung führte zur Heranbildung mittlerer und größerer Bauernwirtschaften, es ist sogar eine Tendenz bemerkbar, die in der Richtung auf den Großgrundbesitz geht. Wenn der Nachweis Studensky's, daß in der russischen Landwirtschaft die großen Wirtschaften den kleineren an Intensität weit überlegen sind, nicht auf dem Papier stehen bleiben, sondern in die Praxis übertragen werden sollte, so dürften sich daraus weitgehende Folgerungen nicht nur agrarwirtschaftlicher, sondern auch allgemein politischer Natur für Sowjetrußland ergeben.

Beendigung des Margarinekrieges. Bekanntlich hat zwischen den beiden großen internationalen Margarinekonzernen, und zwar dem Jurgens-Konzern und von den Bergh, ein seit Monaten dauernder Krieg stattgefunden, der durch entsprechende Kampfpreise das Preisniveau in der internationalen Margarineindustrie gedrückt hat. Nunmehr kommt aus Holland die Meldung, daß die beiden Konzerne sich geeinigt haben. Demnach sollen von nun ab wieder die normalen Preise in Kraft treten.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H. G. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 4-6 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: H. Cateranus; Gewerkschaftswesen: Friede, Cateranus; Revue: R. S. Wilder; Sololes und Conflicto: Fritz Kersting; Anzeigen: E. Glode; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Fortwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 65, Lindenstraße 3.



EINHEITSPREISE

Marke Fasan . . Mk. 12.50

Marke Silberfasan Mk. 16.50

Marke Goldfasan Mk. 19.50

Fasan-Schuhe gelten unter Kennern als die preiswürdigsten Erzeugnisse der gesamten Schuhindustrie.



Verkaufsstellen:
Berlin O, Warschauer Str. 31, Ecke Revaler Straße
Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 20